

Wegner (CDU) auf Linkskurs: Ist bald Wahl?

Bald ist Abgeordnetenhauswahl, und Berlin Regierender Kai Wegner (CDU) findet es angemessen, Wohlhabende höher zu besteuern und will eine Vermögenssteuer. Damit stellt er sich – nicht zum ersten Mal – gegen seinen Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU).

„Natürlich werden wir nicht umhinkommen, auch an der Vermögensteuer etwas zu tun“, sagte der CDU-Politiker in der RTL/ntv-Sendung „Frühstart“.

Menschen, die deutlich mehr Geld hätten, müssten im Rahmen des Solidarprinzips einen besonderen Beitrag leisten. „Es kann nicht sein, dass ein Facharbeiter, dass der Bäckermeister den Spitzensteuersatz in Deutschland zahlt“, so Wegner. „Das ist nicht richtig, sondern wir müssen da schauen, wo wir wirklich hohe Vermögen haben bei Menschen, die müssen sich stärker in diesem System miteinbringen.“

Wichtig seien, so Wegner, vor allen Dingen Entlastungen, und zwar nicht nur für geringe Einkommen, sondern auch für die Mittelschicht. „Weil, die haben mittlerweile wirklich Abstiegsängste, wie sie ihr Leben finanzieren können in Zukunft.“

Kita-Kind findet beim Spielen

6000 Euro

WILMERSDORF – Ein Kind einer Kitagruppe hat auf einem Spielplatz im Stadtteil Wilmersdorf Silbermünzen, Goldschmuck, Luxusuhren und 6.000 Euro Bargeld ausgegraben. Die Gegenstände lagen in der Erde vergraben, teils unter Büschen. Auch einen Goldbarren fand das Kind, teilte die Berliner Polizei mit.

Eine Erzieherin sammelte die Gegenstände gemeinsam mit einem Vater ein und rief dann die Polizei. Die Beamten ermitteln, ob es sich um Diebesgut handelt. Eine erste Abfrage sei negativ verlaufen.

Heute vor 77 Jahren endete die Berlin Blockade

In der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 1948 begann das, was man später die „Berlin-Blockade“ nennen wird. Doch diese Nacht war eigentlich nur der sichtbare Ausbruch von Spannungen zwischen dem Ostblock und dem Westen, die sich schon Monate vorher aufgebaut hatten.

Der Anlass war die Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen der Stadt am 20. Juni, bei der die Deutsche Mark (DM) eingeführt wurde. Die Sowjetunion unter ihrem Diktator Josef Stalin sah in der Entscheidung einen Bruch der alliierten Vereinbarungen und versuchte, die Westmächte aus Berlin zu drängen, um die gesamte Stadt unter sowjetische Kontrolle zu bringen.

Am ersten Tag herrschte noch Chaos und Ungewissheit. Die Sowjets kappten die Stromzufuhr aus den Kraftwerken im Osten

und unterbrachen sämtliche Land- und Wasserwege. Berlin, eine Trümmerstadt mit mehr als zwei Millionen Einwohnern im Westteil, wurde plötzlich zu einer isolierten Insel inmitten der sowjetischen Besatzungszone. Die Vorräte an Lebensmitteln reichten damals ungefähr noch für 36, die Kohlebestände für knapp 45 Tage.

Die Strategie der Sowjetunion war so simpel wie grausam:

Aushungern durch Abschneiden der Logistik

Stalin spekulierte darauf, dass die USA, Großbritannien und Frankreich Berlin aufgeben würden, um eine humanitäre Katastrophe oder einen neuen bewaffneten Konflikt zu vermeiden.

Doch ebenso wie viel später Russlands Kriegspräsident Wladimir Putin im Jahr 2022 unterschätzte Moskau, die Entschlossenheit des Westens.

Doch im Westen fiel eine historische Entscheidung. Während US-Präsident Harry S. Truman unmissverständlich klarstellte: „Wir bleiben in Berlin. Punkt“, stellte US-Präsident Harry S. Truman sofort klar. Und der amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, General Lucius D. Clay, begann, eine Luftbrücke zu organisieren, um die geschundene Bevölkerung von Berlin zu versorgen.

Gemeinsam mit dem britischen Kommandanten entschied man, die Stadt über die drei verbliebenen Luftkorridore zu versorgen – eine Idee, die viele „Experten“ anfangs natürlich für unmöglich hielten.

Doch am 26. Juni starteten die ersten amerikanischen Maschinen der Operation „Vittles“ (Proviant).

Kurz darauf folgte die britische Operation „Plainfare“.

Die Hauptlast trugen die USA und Großbritannien, unterstützt von Besatzungen aus Australien, Neuseeland, Kanada und

Südafrika. Über 300 Flugzeuge waren ständig im Einsatz. Berühmt wurden die C-47 „Skytrain“ und die größere C-54 „Skymaster“. Auf dem Höhepunkt der Luftbrücke landete im Schnitt alle 90 Sekunden eine Maschine in Berlin-Tempelhof, Gatow oder dem in Rekordzeit neu gebauten Flughafen Tegel.

Pro Tag mussten mindestens 5.000 Tonnen Güter aller Art eingeflogen werden. Den größten Teil – rund zwei Drittel – machte dabei Kohle zum Heizen und zur Stromerzeugung aus.

Es folgten Getreide, Trockenkartoffeln, Milchpulver, Fett und Medikamente. Sogar eine komplette Industrieanlage wurde in Einzelteilen eingeflogen.

Die Reaktion der Berliner

Die Berliner reagierten mit einer Mischung aus Trotz und Dankbarkeit. In den Trümmern stehend, beobachteten sie die anfliegenden Maschinen. Besonders die „Rosinenbomber“ wurden zur Legende, als Piloten wie Gail Halvorsen begannen, im Landeanflug Süßigkeiten an kleinen Fallschirmen für die Kinder abzuwerfen. Die West-Berliner nahmen damals enorme Entbehrungen auf sich: Es gab nur wenige Stunden Strom am Tag, Hunger und Kälte prägten den Winter 1948/49. Doch der politische Wille war klar: Lieber Hunger als sich sowjetischer Herrschaft unterwerfen.

Bei der berühmten Rede von Ernst Reuter vor dem Reichstag appellierte er mit brüchiger Stimme: *„Ihr Völker der Welt, ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien! Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt!“*. Und 300.000 Menschen jubelten.

Am Der 12. Mai 1949 – heute vor 77 Jahren – gab Moskau auf

Die Luftbrücke funktionierte nicht nur, sie wurde immer effizienter. Die Kosten für die Sowjetunion waren politisch und wirtschaftlich zu hoch geworden. Das westliche Gegen-

Embargo (keine Industriegüter mehr in den Osten) zeigte zudem Wirkung. Im April 1949 gründeten die westlichen Mächte dann das Verteidigungsbündnis NATO, und Stalin verstand, dass eine weitere Eskalation für ihn gefährlich wäre. Nach geheimen Verhandlungen wurde die Blockade am 12. Mai 1949 um 0:01 Uhr aufgehoben. Die ersten Lastwagen und Züge rollten wieder Richtung Berlin. Die Luftbrücke wurde zur Sicherheit noch bis September fortgesetzt, um die Vorräte aufzufüllen, doch der Sieg der Freiheit war am 12. Mai besiegelt.

Helmut Kohl wird endlich gewürdigt – aber nicht von Merz und Merkel

MITTE- Im Berliner Bezirk Mitte wird am 9. Mai eine Straße nach dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl (1930–2017) benannt. Geplant ist dazu eine Festveranstaltung, auf der Leben und Wirken Kohls gewürdigt werden sollen, wie die Senatskanzlei mitteilte. Das ist überfällig in der deutschen Hauptstadt, doch jetzt wurde bekannt, dass politische CDU-Schergewichte wie Bundeskanzler Friedrich Merz und Ex-Kanzlerin Angela Merkel, die einst ‚Kohls Mädchen‘ war, abgesagt haben.

Beim amtierenden Bundeskanzler mag es dafür sogar Gründe geben, wenn er die Straße von Hormuz gerade parallel zu dieser Feierstunde freikämpfen oder den amerikanischen Präsidenten weiter verärgern muss. Aber Angela Merkel, die ihren Aufstieg nur der Protektion Kohls zu verdanken hat? Sie müsste die Zeit haben, sie müsste sich die Zeit nehmen, um den großen Kanzler der Einheit zu ehren.

Mit der Umbenennung der Hofjägerallee in Helmut-Kohl-Allee will der Berliner Senat nach eigenem Bekunden zum 35. Jahrestag der Deutschen Einheit Kohls ‚herausragende Leistungen für unser Land‘ würdigen. Außerdem ist der 9. Mai auch der Jahrestag der sogenannten Schuman-Erklärung (1950), die als Geburtsstunde der Europäischen Union gilt. [1]

Es könnte aber auch mit dem 20. September zu tun haben

Denn da ist Abgeordnetenhauswahl in Berlin, und vielleicht könnte man mit dieser Geste ein paar alte Kohl-Wähler in West-Berlin bei der Stange halten.

Die Hofjägerallee führt von der Tiergartenstraße zum Großen Stern mit der Siegessäule. An der Verlängerung der Hofjägerallee, der Klingelhöferstraße, liegt unter anderem die CDU-Bundeszentrale. An der Ecke Tiergartenstraße befindet sich die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Deren Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer und Gerda Hasselfeldt (CSU), als stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums der Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung, sollen neben dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner reden.

Und die Frage, die sich wie der rosa Elefant im Raum aufdrängt, lautet: Ist eigentlich Helmut Kohls Witwe, Maike Kohl-Richter, zu dem Festakt eingeladen worden?“

Verwahrlosung in den Straßen und in den Köpfen

von **KLAUS KELLE**

Die deutsche Hauptstadt Berlin ist auch heute noch für viele –

meistens junge – Menschen ein Sehnsuchtsort. Aber unsere Stadt, das politische Zentrum Deutschlands, ein Hort der Kreativität und nahezu unbegrenzter Möglichkeiten, steht an einem Scheideweg. Während die Vier-Millionen-Metropole als Tourismusmagnet und Startup-Hub funktioniert, wächst hinter glänzenden Fassaden in Mitte oder rund um das alte Zentrum Kurfürstendamm bei vielen Berlinern die Sorge.

Man muss nicht groß suchen, um an vielen Stellen eine fortschreitende Verwahrlosung des öffentlichen Raums festzustellen. Es geht dabei weniger um ästhetische Mängel, sondern um ein komplexes Geflecht aus sozialem Abstieg, Müll als Dauerzustand und einem schwindenden Sicherheitsgefühl. Und um die Verwahrlosung in den Köpfen.

Sie alle wissen, dass Berlin eine sehr grüne Stadt ist, mit vielen Parkflächen, vielen Bäumen und viel Wasser

Aber wenn überall achtlos hingeworfener Müll liegt, vergeht dem Spaziergänger und den Touristen die Freude an den sonnigen Seiten der Großstadt. Als ich jüngst zu einem Arztbesuch musste, fand ich an der Praxistür ein aufgeklebtes Blatt der Eigentümer: *„Liebe Patientinnen und Patienten! Bitte entsorgen Sie den größten Dreck und die Steine außerhalb der Praxis! Vielen Dank für Ihr Verständnis, Ihr Praxisteam“*.

Kein Witz: den größten Dreck und die Steine außerhalb der Praxis...

Was ist los in unserer Stadt?

Was geht in den Köpfen mancher asozialer Zeitgenossen vor? Ein junger Berliner erzählte mir vor ein paar Wochen, dass er in der S-Bahn einen Mann gesehen habe, der in dem Wagen Fleisch grillte. Und ein Polizist berichtete mir von einem anderen Mann, der in der S-Bahn seine Hose runterließ und seine Notdurft vor den Augen aller anderen Fahrgäste verrichtete. Dann verteilte er seinen Kot mit seinen Händen an den Wänden des Zuges. Nicht, dass ich falsch verstanden werde: Das ist

nicht DAS BERLIN, aber so was passiert in Berlin. Und ein abgestumpftes urbanes Publikum nimmt es einfach hin. Man will ja keinen Ärger bekommen, und die anderen unternehmen ja auch nichts.

Wer durch Bezirke wie Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg oder Mitte geht, stößt unweigerlich auf achtlos entsorgten Sperrmüll, überquellende Abfalleimer und wilde Deponien an Straßenecken. Die Zahlen sind eindeutig: Die Berliner Behörden verzeichnen einen drastischen Anstieg illegaler Müllentsorgungen. Allein über die App „*Ordnungsamt-Online*“ gehen täglich hunderte Meldungen ein. Matratzen, Kühlschränke und Bauschutt prägen das Straßenbild in manchen Kiezen stärker als die historische Architektur.

Dieser Zustand ist kein reines Problem der Stadtreinigung

Die Berliner Stadtreinigung (BSR) hat ihre Reinigungsintervalle in vielen Bereichen bereits erhöht, stößt aber an Kapazitätsgrenzen. Experten sehen die Ursache in einer Mischung aus mangelndem Verantwortungsbewusstsein der Bürger und einer Überforderung der Ordnungsbehörden. Das Bußgeldaufkommen ist zwar gestiegen, doch die Verfolgung der Täter bleibt in der anonymen Großstadt schwierig. Wenn Parks wie der Görlitzer Park oder das Tempelhofer Feld nach sonnigen Wochenenden unter Müllbergen verschwinden, wird die Dreck-Metropole zum traurigen Markenzeichen.

Wenn Straßen zum Wohnort werden

Eng verknüpft mit dem optischen Niedergang ist die dramatische Zunahme der Obdachlosigkeit und des sichtbaren sozialen Elends.

Berlin hat sich zum Epizentrum der Wohnungslosigkeit in Deutschland entwickelt. Schätzungen gehen von mehr als 55.000 Menschen aus, die ohne festen Wohnsitz sind, wobei mehrere Tausend davon dauerhaft auf der Straße leben. An Verkehrsknotenpunkten wie dem Bahnhof Lichtenberg, dem

Leopoldplatz oder unter den Brücken der Stadtbahntrasse haben sich regelrechte Zeltstädte gebildet.

Das ist kein rein wirtschaftliches Problem, sondern oft eine Folge von psychischen Erkrankungen und Suchtproblematiken. Die offene Drogenszene, die sich früher auf Brennpunkte wie das Kottbusser Tor konzentrierte, hat sich auch in andere Teile des Berliner Stadtbildes hineingefressen. Drogenkonsum im öffentlichen Raum, weggeworfene Spritzen auf Spielplätzen und die aggressive Bettelei führen dazu, dass sich viele Berliner im eigenen Kiez nicht mehr sicher fühlen

Infrastruktur im Niedergang

Verwahrlosung zeigt sich auch in der Bausubstanz und den öffentlichen Einrichtungen. Berlin leidet unter einem massiven Sanierungsstau. U-Bahnhöfe, die nach Urin riechen, defekte Rolltreppen, die über Monate nicht repariert werden, und bröckelnde Schulgebäude sind Zeugnisse einer Stadtverwaltung, die über Jahrzehnte bloß den Mangel verwaltet hat.

Wenn mal Geld zu verteilen war, dann für spinnerte ideologische Projekte.

Besonders deutlich wird dies an den öffentlichen Toiletten. Vandalismus und Zweckentfremdung als Drogenumschlagplatz führen dazu, dass viele Anlagen unbenutzbar sind oder geschlossen werden müssen. Der öffentliche Raum, der eigentlich als Aufenthaltsort für alle Bürger dienen sollte, verliert seine Qualität. Graffiti – einst Ausdruck subkultureller Vitalität – werden vielerorts nur noch als Schmiererei und Zeichen der Vernachlässigung wahrgenommen, da sie auch vor historischen Denkmälern und frisch sanierten Flächen keinen Halt machen

Nach der „Broken-Windows-Theorie“ führt ein verwahrlostes Umfeld dazu, dass die Hemmschwelle für Straftaten sinkt. Berlin verzeichnete zuletzt die höchsten Kriminalitätsraten unter den deutschen Millionenstädten. Raubüberfälle,

Taschendiebstahl und Körperverletzungen an zentralen Plätzen wie dem Alexanderplatz sind statistisch gesehen auf einem besorgniserregenden Niveau. Die Polizei wirkt oft nur noch wie ein Feuerlöscher, der Symptome bekämpft.

Die fortschreitende Verwahrlosung Berlins ist ein Warnsignal. Sie ist das Resultat aus rasantem Bevölkerungswachstum, sozialer Ungleichheit und einer Verwaltung, die mit der Dynamik der Stadt kaum mehr Schritt halten kann.

Berlin droht, seinen Charme als „arm, aber sexy“ zu verlieren und stattdessen als überfordert wahrgenommen zu werden.

Im Herbst wird ein neuer Senat gewählt. Das wichtigste Thema steht bisher überhaupt nicht auf der Agenda des langsam anlaufenden Wahlkampfes. Haben die, die uns regieren wollen, den Kampf gegen die Verwahrlosung unserer Stadt also schon aufgegeben?

Zu krank für Arbeit aber fit genug für den Wahlkampf: eine SPD-Politikerin in Berlin-Mitte

MITTE – Wenn es einen politischen Skandal gibt, der diesen Namen verdient, dann spielt sich dieser gerade in Berlin ab. Dort kandidiert die SPD-Politikerin Uta Francisco Dos Santos im September als Bezirksbürgermeisterin. Doch jetzt fanden die Springer-Blätter BILD und B.Z. heraus, dass die Frau einen führenden Job in der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen hat.

Dort ist sie sogar in einer Leitungsposition und betreut ‚Gremienangelegenheiten‘.

Bis zu 7.641 Euro erhält sie dafür im Monat. Damit kommt man klar.

Dumm nur, dass jetzt herauskam, dass sich Frau Dos Santos seit Mitte 2024 krankgemeldet hat und seitdem nicht mehr im Rathaus gesehen wurde.

Die Bezirksbürgermeisterin in Berlin-Mitte wäre dann Chefin von etwa 2.500 Mitarbeitern. Aber sie ist jetzt „krank“ und führt gleichzeitig Wahlkampf um den Spitzenposten im Bezirk?

„Ich finde das schräg“, sagt Ex-Justizsenator Michael Braun (70, CDU) im Interview mit der BILD. Und weiter: „Die Dame hat den öffentlichen Dienst falsch verstanden.“

Und was sagt die SPD-Frau selbst?

„Ich bin in einer juristischen Auseinandersetzung mit meinem Arbeitgeber“, so die Angestellte zu BILD und fährt fort: „Das betrifft zwar nicht den Arbeitgeber direkt – das wird von einigen Personen, die da jetzt in Verantwortung sind, betrieben. Ich bin da in letzter Zeit vielen Dingen ausgesetzt gewesen.“

Alles schön und gut, aber was hat das damit zu tun, dass sie seit zwei Jahren krankgeschrieben ist und gleichzeitig aber Wahlkampf für ein hohes politisches Amt machen kann?

Uta Francisco Dos Santos wird dem linken Parteiflügel der Berliner SPD zugerechnet. In einem Video zum ‚Equal Pay Day‘

sagt sie, sie fordere gute Rahmenbedingungen für Frauen, „damit wir möglichst Vollzeit arbeiten können und unser Geld selbst verdienen und für uns sorgen.“

Regierender Bürgermeister in Prag und Warschau

BERLIN/PRAG – Berlins Regierender Bürgermeister, Kai Wegner (CDU), ist noch bis morgen unterwegs in unseren Partnerstädten Prag und Warschau. Der Regierende wird dabei von Vertretern Berliner Unternehmen und von Repräsentanten der Wirtschaftsförderorganisation „Berlin Partner“ begleitet.

Ziel sei es, „unsere Städte krisenfest aufzustellen und den Schutz der Bevölkerung auszubauen. Deshalb stehen die Themen Sicherheit, Krisenfestigkeit und DefTech im Fokus meiner Gespräche“, erklärte Wegner.

Heute eröffnet Wegner zusammen mit dem Prager Primátor den „Prague Resilience Summit“ im Neuen Rathaus und spricht dort um 9.25 Uhr ein Grußwort. Nach Ankunft in der polnischen Hauptstadt kommt Wegner um 15 Uhr in Begleitung der Berliner Delegation mit Stadtpräsident Rafał Trzaskowski zusammen. Um 16.30 Uhr nimmt der Regierende noch an einem Round Table zum Thema DefTech mit Warschauer Unternehmen und Verbänden teil.

Zusammengeschlagen, weil er in der S-Bahn helfen wollte

TREPTOW – Weil er zwei Frauen zu Hilfe gekommen ist, wurde ein 39-Jähriger in der Berliner S-Bahn von einer Gruppe „junger Männer“ brutal zusammengeschlagen. Die Bundespolizei konnte zumindest Videoaufzeichnungen sicherstellen und ermittelt nun wegen gefährlicher Körperverletzung.

Das spätere Opfer war in einer S-Bahn der Linie S46 auf Höhe des S-Bahnhofs Wildau im Landkreis Dahme-Spreewald (Brandenburg) unterwegs, als er bemerkte, dass eine etwa zwölköpfige Gruppe die beiden Frauen belästigte. Als er sich einmischte, um zu schlichten, schlugen mehrere der „Männer“ auf den 39-Jährigen ein, der die Bahn am S-Bahnhof Treptower Park verließ und erst von zu Hause aus den Notruf anrief. Er kam dann ins Krankenhaus zur Versorgung seiner Brüche im Gesicht.

Die Polizei sucht nun nach möglichen Zeugen des Vorfalls, der sich bereits am vergangenen Donnerstag ereignete. Zudem hofft sie, dass sich die jungen Frauen melden, die belästigt wurden.

Berlin trauert um eine Legende: „Rock'n'Roll is a state of mind“ – Ein Nachruf

auf Rik de Lisle

Am 30. März ist in Berlin ein Licht erloschen, das über Jahrzehnte hinweg die deutsche Radiolandschaft erhellt hat. Richard „Rik“ de Lisle, der Mann mit der unverwechselbaren Reibeisenstimme und dem charmantesten amerikanischen Akzent der Nation, ist im Alter von 79 Jahren friedlich für immer eingeschlafen. Mit ihm geht nicht nur eine Moderatoren-Legende, sondern ein Mensch, der das Radio in Deutschland grundlegend verändert hat. Für seine Hörer der „alte Ami“, für seine Kollegen ein unerschütterlicher Fels in der Brandung und für seine Vertrauten vor allem eines: ein wahrer Freund.

Von Thailand nach Berlin

Riks Reise begann weit weg von den Berliner Sendemasten, in Milwaukee, Wisconsin. Als US-Sergeant der Airforce diente er seinem Land in Uniform, doch seine wahre Berufung fand er am Mikrofon.

Begonnen hat es beim American Forces Network (AFN) in Thailand. Als er dann nach Frankfurt versetzt wurde und 1982 nach Berlin zog, traf er hier auf eine Radiowelt, die im Vergleich zu seinen Erfahrungen steif und wenig inspirierend wirkte.

Doch in Berlin traf er Gleichgesinnte wie etwa den legendären RIAS-Moderator „Dennis King“. Der erinnert sich heute mit Wehmut an die erste Begegnung: „Wir haben uns sofort gut verstanden, hatten wir doch beide Radio als etwas weit Größeres erlebt, als das was deutsche Sender daraus machten.“ Es war diese Vision von Radio, die Rik später zum Star machen sollte.

Der Aufstieg zum „alten Ami“

Nach seinem Abschied vom Militär wagte Rik ebenfalls den Sprung zum RIAS, nicht ohne Selbstzweifel. Würde sein Deutsch

ausreichen?

Natürlich reichte es aus, wurde sogar sein Markenzeichen. Aus dem Airforce Sergeant wurde „der alte Ami“. Seine Sendung „Old Gold Retold“ beim AFN war Legende, doch beim RIAS wurde er für die Berliner und darüber hinaus schnell zum Kult.

Rik de Lisle brachte eine Lockerheit in den Äther, die es vorher so in Deutschland kaum gab. Er moderierte den „Frühstart“ und wurde zu einer markanten Stimme der geteilten Stadt. Sein Motto „Rock'n'Roll is just a state of mind“ war keine hohle Phrase, sondern eine Lebensphilosophie, die er bis zu seiner letzten Sendung beim privaten Berliner Rundfunk 91.4 verkörperte.

Der Mensch hinter dem Mikrofon

Hinter dem schillernden Radiostar verbarg sich jedoch eine Geschichte von großer Disziplin und Menschlichkeit. Während er morgens im Studio dafür sorgte, dass die Hörer mit einem Lächeln im Gesicht den Tag begannen, wartete zu Hause die Realität eines alleinerziehenden Vaters. Rik erzog zwei Kleinkinder allein, wechselte Windeln und bereitete das Frühstück vor, sobald die rote „On Air“-Lampe erloschen war. Zusammen mit seiner Lebensgefährtin führten sie eine Ehe, die von Respekt und Zusammenhalt geprägt war, und zogen ihre Patchwork-Familie mit großer Liebe durch.

Ein Leuchtfeuer erlischt

Die Radiobranche trauert um einen Mann, der sein Metier mit einer Intensität liebte, die ihresgleichen suchte. Rik de Lisle blieb bis zum Ende seines Lebens „on air“, immer mit Bodenhaftung und Leidenschaft für die Musik. Auch wenn die Diskussion darüber, ob Michael McDonald nun der bessere Sänger bei den „Doobie Brothers“ war, zwischen ihm und seinen Freunden ewig ungeklärt bleiben werden, so besteht kein Zweifel an dem großen Vermächtnis dieses einzigartigen Mannes.

Rik de Lisle war mehr als nur eine Radiostimme. Sein Tod hinterlässt eine Lücke, die sehr lange nicht zu füllen sein wird.

**Thank you for your service, Airforce Sergeant Rik de Lisle!
Keep on rocking.**

Bauen in Berlin? Am Beispiel des Mauerpark-Stadions ist erkennbar, was hier falsch läuft

von **KLAUS KELLE**

PRENZLAUER BERG – Der 11. Februar war ein ziemlich grauer Tag, als im Berliner Gleimviertel die Zeit der „DDR-Moderne“ endgültig endete. Um punkt 10:07 Uhr erschütterte ein dumpfer Doppelknall den Prenzlauer Berg. Die zwei verbliebenen, 64 Meter hohen Flutlichtmasten des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks knickten wie Streichhölzer ein und sackten in einer Staubwolke in sich zusammen. Was für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ein „notwendiger Schritt zur Baufreiheit“ war, wirkte auf hunderte grimmig dreinschauende Bürger hinter rot-weißen Absperrgittern wie die öffentliche Hinrichtung eines Stadtteil-Wahrzeichens.

Bauen in Berlin: Das Ende der Konsensgesellschaft

Der Jahn-Sportpark ist dabei längst kein lokal begrenztes Bauprojekt mehr. Er ist das Mahnmal einer Metropole, in der Bauen ohne erbitterten Widerstand, Gerichtsverfahren und

Polizeieinsätze unmöglich geworden ist. Wo früher Kräne als Zeichen von Fortschritt galten, werden sie heute als Symbole für Gentrifizierung, ökologische Ignoranz und politische Rechthaberei wahrgenommen. Der Konflikt am Mauerpark zeigt, wie hier zwei unversöhnliche Weltanschauungen aufeinanderprallen: Die staatliche Logik von „Abriss und Neubau“ gegen die zivilgesellschaftliche Forderung nach „Erhalt und Sanierung“. Und sicher für viele ein wenig DDR-Romantik.

Die Proteste rund um den Februar 2026 waren intensiv. Als die Vorbereitungen für die Sprengung der Masten anliefen, kam es zu Sitzblockaden an den Zufahrtswegen, um die anrückenden schweren Maschinen aufzuhalten. Aktivisten der Bürgerinitiative (BI) Jahnsportpark und Unterstützer von „Ende Gelände“, auch einfache Anwohner versuchten, die Baustelle zu besetzen und so das Vorhaben zu stoppen, was schon ein bisschen naiv erscheint.

Die Polizei rückte mit einem Großaufgebot an, um das Gelände zu räumen. Es kam sogar zu Handgemengen, mehrere Personen wurden in polizeiliches Gewahrsam genommen. Die Wut der Protestler war scheinbar auch einem Gefühl der Ohnmacht geschuldet, hatte man es doch vorher mit Petitionen und friedlichen Protesten auch von Tierschützern versucht. *„Hier wird Beton-Politik aus den 90ern gegen den Willen des Kiezes durchgeprügelt“*, rief ein Sprecher der Bürgerinitiative durchs Megafon, während im Hintergrund die Sprengladungen an den Stahlgerüsten angebracht wurden. Doch der Senat nutzte ein Zeitfenster kurz vor Beginn der offiziellen Brutzeit (1. März), um Fakten zu schaffen, die juristisch nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Denkmalschutz vs. Inklusion

Der Kern des Streits liegt wohl in der Definition von Fortschritt. Der Berliner Senat argumentiert mit der Inklusion. Das alte Stadion sei marode, die Tribünen für

Rollstuhlfahrer unzugänglich, die Sanitäreanlagen eine einzige Katastrophe. Ein „Leuchtturmprojekt“ für den Behindertensport wolle man schaffen, ein Stadion, das weltweit Maßstäbe setzt. Was sonst? Berlin halt...

Inklusion? Das sei bloß das „Totschlagargument“ des Senats für den Abriss historischer Bausubstanz, hallt das Echo zurück. Die „Ostmoderne“ dieses Stadions mit seiner markanten roten Haupttribüne hätte man auch durch neue Fahrstühle und Rampen barrierefrei gestalten können – und vor allem viel kostengünstiger.

Aber sind wir ehrlich!

Der Jahn-Park steht nicht allein. Ob beim Molkenmarkt, beim **Hermannplatz** oder beim A100-Ausbau – wann immer irgendwo Bagger anrollen, sind die altbekannten Demo-Profis zur Stelle, oftmals ergraute Revolutinsromantiker von einst, unerbittliche Kämpfer gegen die Modernisierung. Berlin ist zur Arena des Baustopps geworden. Die Baumuffel sind heute besser vernetzt, juristisch versierter und kompromissloser als noch vor 20 Jahren. Jede gefällte Pappel, jeder abgerissene Betonpfeiler, jedes grüne Kleinbiotop wird zum Politikum.

Die Verwaltung reagiert oftmals genervt und zieht ihre Pläne einfach brachial durch, was dann allerdings den Frust weiter vergrößert und die Proteste anstachelt. Im Jahn-Sportpark fand die vorgeschriebene Bürgerbeteiligung zwar statt, doch die Ergebnisse – die überwiegende Mehrheit sprach sich für eine Sanierung des Bestands aus – wurden vom Senat ignoriert.

Das neue Inklusionsstadion wird gebaut, daran lassen die Trümmerberge im Prenzlauer Berg keinen Zweifel mehr. Doch der Preis ist hoch. Nicht nur finanziell übrigens – die Kosten sind mittlerweile auf **fast 300 Millionen Euro** explodiert –, sondern vor allem gesellschaftlich.

Wenn 2028 die ersten inklusiven Wettkämpfe im neuen Stadion stattfinden, wird die Architektur modern und die Barrieren

werden verschwunden sein. Doch die Narbe, die der Abriss im kollektiven Gedächtnis des Viertels hinterlassen hat, wird so schnell nicht verheilen. Wer in Berlin baut, muss den knallharten Konflikt einplanen.